



Sozialdemokratische Partei  
des Kantons Glarus

# Protokoll Frühlingsparteitag SP GL

vom Freitag, 27. März um 9 Uhr

Schützenhaus, 8750 Glarus

Teilnehmende anwesend: Jacques Marti, Christian, Büttiker, Lukas Tschudi, Priska Grünenfelder, Hansruedi Forrer, Thomi Kistler, Jacques Fehr, Silvia Steinmann, Kurt Rhyner, Sabine Steinmann, Martha Schegg, Sämi Zingg, Christine Bickel, Kaspar Marti, Werner Marti, Christoph Zwicky, Thomas Rentsch, Leyla Iljazi, Reni Grassi, Nikolai Jenny, Daniel Jenny

## 1. Begrüssung

jm begrüsst. Landsgemeinde auf September verschoben, deswegen kurze Traktandenliste.

## 2. Traktandenliste und Wahl der Stimmenzählenden

Keine Änderungswünsche. Thomas Rutschmann Stimmenzähler.

## 3. Mitteilungen

Trinkwasser und Pestizidinitiative Anfrage Grünen bezüglich mitmachen

Wortmeldung Sabine Steinmann: Abstimmungen 13. Juni zur Abstimmung. Unserer Parteitag 20. Mai. Wenn basisdemokratischer Entscheid bezüglich Beitritt Komitee, müsste die Information an einem früheren Parteitag kommen. Anregung bezüglich Planung.

## 4. Abnahme Jahresrechnung und des Revisionsberichts 2020

Liegt als Tischvorlage vor. Höhere Einnahmen und höhere Ausgaben. Grosser Teil Mitgliederbeiträge geht nach Bern. Rückstellungen möglich. Relativ hohe Eigenmittel vorhanden. Dieses und nächstes Jahr Wahlen – finanzielle Mittel werden gebraucht. Fragen Jahresrechnung: Martha Rückstellungen / Gewinn nicht korrekt aufgeführt.

Wortmeldung Revisoren: wollen, dass Belege nummeriert und chronologisch abgelegt werden. Wäre einfacher, wenn Abrechnung erst kurz vor Versammlung gemacht wird.

Verlesung des Revisorenberichts.

Ordnungsantrag Forrer: Zahlen sollen richtig dargestellt werden und das nächste Mal vorgelegt werden.

Abstimmung: 11 für Vorlegung der Jahresrechnung und 3 für jetziges Abnehmen.

Rücktritt Silvia Steinmann als Revisorin.

Beantragung Kurt Rhyner will

## 5. Memorialsantrag Glarner Gemeinden 2030

GL beantragt, Memorialsantrag zurückzuweisen. Begründung:

Vor 3-4 Jahren begannen Besprechungen, wie man die Partizipation im Glarnerland verbessern kann. 2 Varianten im SGU – light und hart. Light: kann, hart: muss. Parteitag entschied, das zurückzunehmen. Weiterer Parteitag: Variante har. Traktandum zurückgezogen. Parteitag Näfels im Schütz: Traktandum nochmals zurückgenommen. Jetzt 6 Monate später, überparteiliches Komitee, welches ähnliches fordert (wie light Variante). Überparteilich gut abgestützt. Sämi Zingg wurde angefragt, ob er ebenfalls unterschreiben wolle.

Möglichkeiten: jemand von uns (Sämi) unterschreibt. Oder parallel harte Version einreichen. Würde vermutlich Erheblichkeitsprüfung nicht überstehen und er wurde. Light Variante fast deckungsgleich wie überparteiliche Kommission.  
Alles für Fühse: Wischiwaschi-Scheiss, welcher jm extrem nervt.

Kaspar: was ist im Antrag enthalten?

Sämi: Begründung mit Glarus Nord. Gemeinden ermöglichen, Legislative selber bestimmen. Keine spezifischen Vorgaben. Probleme überall, nicht nur im Norden. Im kantonalen Gesetz herausnehmen, welche die Legislative beschränkt.

Christoph: sind es Parteien, Komitee, einzelne Landräte. Wann eingereicht.

(Antwort Sämi: Komitee GpP – Eingang 3. März)

Beantragt an unserem Antrag beizubehalten und diesen einzureichen.

Kaspar: Es muss sichergestellt sein, dass wir die 10 Stimmen im Landrat haben. Will ebenfalls unseren Antrag einreichen. Allenfalls Rückzug im laufenden Prozess. Unser Antrag erheblich stärker.

Thomi Kistler: Antrag extrem anders. Zugunsten zu dem zurückzuziehen. Würde beantragen, diesen nicht zu unterstützen. Weiss allerdings nicht, welche 10 Stimmen, wir erreichen. Diskussion soll geführt werden.

Werner Marti: Nur als allgemeine Anregung gedacht. Unmögliche Gemeindeorganisation aktuell. Rückläufige Partizipation, verstärkt durch Corona – langfristig verherend. Rechnung muss zwungenermassen von Gemeindeversammlung abgenommen werden. Kann man im Landrat und an der Landsgemeinde Anträge zur allgemeinen Abänderung eines Antrages einreichen. Will an Antrag festhalten.

Sabine Steinmann: Ist für den überparteilichen Antrag. Diskrepanz. Was wollen wir erreichen: Ziel wird mit dem überparteilichen Antrag wird am ehesten erreicht. Weg des Konsenses und des Überparteilichen.

Chrigel: Kantonal wird geregelt, dass die Gemeinden machen können, was sie wollen. Wer macht dann die Änderungen? Man müsste dann in den Gemeinden ein Antrag an die Gemeindeversammlung stellen. Dann aber wieder 3 verschiedene Gemeinden. Hin- und hergerissen. Wir erreichen so oder so nicht erreichen, was wir wollen. RR wird kein Einheitliches Vorgehen geben wird.

Reni: Wie schätzt Sämi Einflussnahme auf Antrag ein? – Schwer einzuschätzen. Im Norden wird etwas gehen. Im Norden, wenn es angenommen wird. Zu wenig konkret für den

Norden. Aus taktischen Gründen müsste die Variante hart entgegnet werden, mit Soft macht es keinen Sinn.

Thomi Kistler: Ruedi Schwitler will das kantonale Recht aushebeln. Mit welchem Ziel sollte man aufmachen?

Werner Marti: Gute Diskussion. Gemeindeversammlungen sind Betroffenheitsversammlungen. Wenn es um die Gemeindeversammlung um die Abschaffung der Gemeindeversammlung geht, wird dies nie angenommen werden. Realpolitisch kann man vom überparteilichen Antrag nicht viel erwarten.

Sämi Zingg: von politischen Gegnern wird es als «Abschaffung der Demokratie» aufgenommen. Wenn wir etwas verändern wollen, brauchen wir einen Zwischenschritt. Grosse Projekte müssen vor der

Chäschi: Mit einer gewissen Anzahl Unterschriften eine Gemeindeversammlung einberufen können? Fakultatives Referendum wirklich notwendig?

Christoph: Detailbereinigung an Gemeindeversammlung? Aber keine Abstimmung dort.

Jacques Fehr: Gegen Abstimmungen in Baselland von der Gemeindeversammlung kann ein Referendum ergriffen werden. Kanton Glarus soll zu einem normalen Kanton werden. Landsgemeinde abschaffen, Urnenabstimmung, Parlamente. Stimmbeteiligung an Landsgemeinde genau so niedrig wie an der Landsgemeinde. Wenn es die Leute interessiert, kommen doch 15-18%. Da müsste man das ganze System umkehren. Gemeindeversammlung als kleine Landsgemeinde. Parlament mit mehr Kompetenzen. Nur noch wichtigste Geschäfte an Gemeindeversammlung. GR so wie vorgeschlagen einführen. Denkt nicht, dass es heute eine Misere ist. Wir sollen nicht alles offenlassen.

Jm fasst zusammen:  
GL beantragt, Geschäft zurückzuziehen

Christoph und Kaspar: eintreten

Sämi: beides machen

Zurückziehen: 2  
Beraten und dem anderen gegenüberstellen: grosse Mehrheit.

Wird beraten:  
Abschaffung Gemeindeversammlungen

Sämi: analog kantonale. Gemeindeversammlung einmalige jährliche Durchführung, Einführung Parlamente zwingend (analog Landrat).

Werner Marti: Auffassung: Parlament im Kanton Glarus hat nichts zu sagen. Kompetenzen liegen bei der Landsgemeinde. Parallel-System zur Landsgemeinde sinnlos. Gemeindeparlament berät in den wenigsten Fällen Gesetzesvorlagen. Ansonsten ganz

andere Projekte. Gemeindeversammlung in den neuen Gemeinden hat keine Tradition, Landsgemeinde schon.

Christoph: grösste Projekte der Gemeinde müssen an die Urne.

Jm: je enger der Handlungsspielraum, desto weniger die Möglichkeit von kreativen Lösungen.

Chrigel: Möglichkeit offenlassen, dass wir Gemeindeversammlungen beibehalten werden können. Kann Formulierung.

Thomi Kistler: Unser Antrag ist ein Gegenantrag zum überparteilichen. Wichtigkeit einer Veränderung auf kantonaler Ebene. Unterstützt Antrag von Sämi.

Jm: Zwang vs. Parlamente einführen und offenlassen

Zwang Abschaffung: 4

Abgeänderte Variante: 15

Sämi: Formulierung fakultatives Referendum beibehalten

Forrer: Wort «Urne» schon heikel

Fehr: obligatorisches Referendum einführen? Unterstützt von jm. Versammlung ist einverstanden.

Kaspar: Antrag «minimal 3» ersetzen mit «3-5» ersetzen

Sabine: ganz herausnehmen – Punkt nicht genau bestimmen. Will nicht klar definiert haben. Vorsteherschaft herausnehmen. Keine Regelung

Christine Bickel: glaubt nicht daran, dass kleine Pensen mehr Frauen fördern. Voll und ganz für die Gemeinde schaffen. Würde starke Exekutive fördern.

Chrigel: neue Ansicht – Leitung von 300 Personen. Muss ein starkes Gegenüber sein. Es braucht Leute, welche zu 100% angestellt sind.

Thomi Kistler: unterstützt 3-5 Personen, 80-100%. Jetzt führen Gemeinderäte nicht, dann wären sie mitverantwortlich.

Fehr: Departementsystem würde eingeführt (Möglichkeit)? Bezug Hauptamt zur Wirklichkeit geht verloren, kann abheben. Unterstützt 3-5.

Martha: will Jobsharing möglich machen. Hauptjob muss aufteilbar gemacht werden. Das geht auch bei einem Chefposten. – im politischen Amt aber sehr schwierig.

Sämi: will 80-100% rausnehmen, (momentan 230%)

Chrigel: muss zwingend sein, dass Gemeindeorganisation überarbeitet wird.

Kaspar: Chur funktioniere mit 3 Gemeinderäte für eine Stadt von 30'000 Einwohnern.

Kurt: Zahl 5 bietet Angriffsfläche. Unterstützt minimal 3.

Antrag Streichen (Sabine): 3

Antrag: 3-5 – 12 Personen – in Schlussabstimmung mit 14 Personen bestätigt.

Originaltext: minimal 3 – 6 Personen

Jm: bis spätestens 2030 -2034. 13 Personen

Sämi: Punkt 2. Legislative 2026-2030 beibehalten – 4 Personen

Einverständnis: sprachliche Korrektur im Sinne der heutigen Versammlung.

Kaspar: allgemeiner formulieren, weniger angriffig / populistisch. Entflochten von der Gemeindefusion. Allgemeiner Rückgang der Stimmbeteiligung. Konkrete Beispiele streichen / aktuellere Beispiele verwenden.

Gemeindeversammlungen heute zeigen es noch viel eindrücklicher, was auch schon früher problematisch war

Anträge zur Begründung:

Antrag Fehr: Regelung für Ausnahmesituation in Memorialsantrag festhalten.

Konsens: Bis 2030 sollten Gesetze so geändert werden

Grundsatzentscheid:

Wir reichen so oder so ein:

Wir reichen ein mit Vorbehalt – sie übernehmen alles oder nichts: einstimmig

Wir reichen nicht ein: 0

Unterstützung anderer Antrag – Segen der Partei?

Beides oder nur etwas unterschreiben.

Unterstützt von Sabine

Zeitliche Komponente miteinfließen lassen.

Kein Widerspruch, beide Wege zu unterstützen.

Alternative: Unterstützung überparteilich nicht als Partei, sondern als Einzelperson. Wir wollen weiter gehen.

In Diskussion mit Komitee müssen Stimmen für unseren Antrag gesammelt werden. Lobbying betreiben.

Werner Marti: Erheblicherklärung dringendes Problem im Landrat – ist erheblich und Instrument darf nicht missbraucht werden.

Christoph: Findet nicht, dass jemand aus der SP diesen Antrag unterstützt.

Kaspar: Als Person und nicht als SP kann dieser unterschrieben werden.

Antrag: Anderer Memorialsantrag nicht unterstützen: 2  
Unser Antrag einreichen und Sämi unterschreibt in seinem Namen

Zusammenfassung

Bereinigter Memorialsantrag

Sämi erhält Antrag und unterbreitet dem Komitee unseren Vorschlag mit Frist zur vollständigen Übernahme.

Ist das Komitee nicht bereit, unseren Anträgen zuzustimmen, reichen wir diesen Antrag selber ein.

#### 6. Varia

Thomi und Söhne helfen Plakate abräumen. Werner und Kurt kommen auch. Treffpunkt um halb 7 in der Linth Arena.

Aufruf zum Wählen / Versammlung auf Rathausplatz ca. 12 Uhr Glarus.

Wahl Revisor/in an nächster Versammlung.